

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bendor, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Berlin, 9. December.

Die mexikanische Frage, über welche das Tuilerien-Kabinet die öffentliche Meinung möglichst lange im Ungewissen zu erhalten sucht, scheint neuerdings durch die Ernennung des Generals Logan zum Gesandten bei der Republik Mexiko und durch die Sendung des Generals Schofield nach Paris in den Vordergrund der politischen Tagesfragen treten zu sollen.

Für uns ist sie — abgesehen von ihrer nächsten Rückwirkung auf die politische Constellation überhaupt — aus zweierlei Gründen von hohem Interesse:

Einmal interessiert sie uns ganz besonders, weil auch in und an ihr sich die Macht der zukunftsreichsten Idee des neunzehnten Jahrhunderts bewähren soll, die Macht der Idee: „Alles durch und für das Volk“, der ehrlichen Volksherrschaft gegenüber der Lügenhaftigkeit des Cäsarismus, die Macht einer politischen Idee, für deren Wahrheit und Lebensfähigkeit der jüngste Niesenkampf der nordamerikanischen Union gegen die Rebellion der Sklavenhalter den glänzendsten Beweis erbracht hat, gegenüber einem im Hinstirben begriffenen Trugsysteme, welches man in Europa als politische Religion verkündet.

Dann aber nimmt die mexikanische Frage unsere volle Aufmerksamkeit deshalb in Anspruch, weil es sich in ihr neuerdings um eine Anwendung der hochwichtigen Monroe-Doctrin handelt: Amerika den Amerikanern.

Zur Beurtheilung des Standpunktes, welchen das Kabinet von Washington in dieser Frage einnimmt, liegen verschiedene Thatsachen und officiöse Kundgebungen vor, die sehr beachtenswerth sind.

Es sind folgende:

Zunächst Logan's Ernennung zum Gesandten der mexikanischen Republik, zu einer Zeit, wo von Paris aus das Gerücht in Umlauf gesetzt wurde, daß eine Anerkennung des Kaiserthums Mexiko Seitens der Vereinigten Staaten bevorstehe, zu einer Zeit ferner, wo sich das unbestrittene Gebiet der Republikaner auf nicht viel mehr als auf das Weichbild der Stadt El Paso am Rio Grande erstreckte.

Sodann der Umstand, daß die Wahl gerade auf eine Persönlichkeit, wie General Logan fiel, der zehn Tage vorher, — es war vor den diesjährigen Herbstwahlen, — auf großen Volksversammlungen mit rückichtslosem Eifer und leidenschaftlichem Ungestüm von der „brennenden Schmach“ gesprochen, welche die bloße Anwesenheit Maximilians in Mexiko für die Vereinigten Staaten sei, von der „infamen Schandthat“, die Louis Napoleon an der mexikanischen Republik verübt habe, von seinem „Attentat“ auf Mexiko, „dessen Boden die fremden

Gewalthaber beschmügend“, welches Attentat unverkennbar eine aus der Sklavenhalter-Rebellion hervorgegangene Erscheinung sei, mit deren Beseitigung erst, und nicht früher, jene Rebellion als beendet und die Wiederherstellung des früheren Ansehens der Vereinigten Staaten als vollständig betrachtet werden könnten.

Ferner die Erklärung, mit welcher, unmittelbar nach der Ernennung des Generals, das Organ Seward's, die „New-Yorker Times“, dieselbe begleitete, indem es schrieb:

Logan's Ernennung ist eine neue Ankündigung an Maximilian, daß seine Kaiserlichkeit nicht anerkannt wird, noch werden wird. Sie hat gerade um so mehr Bedeutung, als sie in einem Augenblicke erfolgt, wo die Republikaner kaum noch einen letzten Anhaltspunkt besitzen. Sie heißt nun: daß kein durch Waffengewalt erlangter Erfolg die Vereinigten Staaten mit der Usurpation ausführen kann. . . . Alle Verbenerungen, daß die kaiserliche Herrschaft dem mexikanischen Volke genehm sei, werden zur Abgeschnittenheit durch die Thatsache, daß Maximilian der fremden Hilfe nicht entzathen kann. Wenn der äußere Zwang, welcher der Republik auferlegt wurde, in seinem ersten Stadium unrecht war, ist er es auch in jedem folgenden. Gelangte das mexikanische Volk zu der Ueberzeugung, daß Maximilians Herrschaft eine heilsame und wünschenswerthe sei, und acceptirte es dieselbe ungezwungen, so würden unsere nationalen Pflichten in eine andere Phase treten.

Außerdem noch jene bekannte Anrede des Präsidenten Johnson an den Gesandten von Brasilien, deren Grundgedanke vielfach, und mit Recht, als das Ziel der Seward'schen Politik bezeichnet wurde, die sich kurz in die Worte zusammenfassen läßt: „Fort mit den Franzosen, Oesterreichern und Belgiern, welche Mexiko eine Regierung aufdringen wollen; hingegen auch von Seiten der Vereinigten Staaten kein Eingreifen in das freie Selbstbestimmungsrecht des mexikanischen Volkes.“

Und endlich die Reise Schofield's an den Hof der Tuilerien.

Aus all' dem geht unzweideutig hervor, daß das Kabinet von Washington fest gewillt ist, auf eine Räumung Mexiko's von den Franzosen und fremden Soldtruppen zu dringen, und eine, unter möglichst allgemeiner freiwilliger Zustimmung des Volkes erwählte und befestigte, Regierung auch seinerseits anzuerkennen, also die Frage der Regierungsform in Mexiko als eine innere Angelegenheit zu betrachten.

Was aber noch weiter daraus hervorgeht, ist: Eine bloße Räumung zum Schein, wie die von Rom, ist unmöglich,

und: man würde sich in Paris einer verhängnißvollen Täuschung hingeben, wollte man glauben, mit einer solchen Comödie Herrn Seward oder den Congreß befriedigen zu können.

Die Frage ist also offenbar eine sehr ernste und, unter Umständen, von unabsehbaren Verwicklungen begleitet.

Was der Mann des zweiten Decembers dem

Bürger der großen transatlantischen Republik antworten wird, — wer mag das wissen?

Wahrscheinlich ist nur, daß er nicht sogleich das Feld räumen und durch sofortige Zurückziehung seiner Truppen seine Schwäche documentiren wollen, vielmehr durch diplomatische Winkelzüge und verbindliche Zusicherungen suchen wird, vor Allem, Zeit zu gewinnen und das neugebackene Kaiserreich wenigstens für die nächste Zukunft vor amerikanischen Angriffen sicher zu stellen.

Einen ersten Kampf, glauben wir, wird Napoleon um dieser seiner gefährdeten Schöpfung willen, nicht wagen wollen.

Denn für's Erste stürzt er, der nur die Erhaltung seiner Dynastie im Auge hat, sich nicht mehr leichtsinnig in einen Krieg; sodann war die mexikanische Expedition in Frankreich eigentlich niemals populär und würde es ein Krieg mit Amerika noch weit weniger sein; endlich aber ist, was wohl die Hauptsache, durch den Sieg der Amerikanischen Nordstaaten und die Wiederherstellung der Union, das mexikanische Kaiser-Project, hinsichtlich der ihm zu Grunde liegenden tieferen und eigentlichen Beweggründe, gescheitert und daher das Interesse Napoleons für dasselbe wesentlich abgeschwächt, nunmehr nur noch ein solches, wie man es einer einmal begonnenen Sache zuwendet, deren plötzliches Aufgeben gefahrvoll sein könnte.

Wir also bezweifeln die Wahrscheinlichkeit eines Krieges, dessen Folgen von ungeheurer Tragweite sein würden.

Unzweifelhaft dagegen ist uns der Sieg des demokratischen Princips auch in dieser Sache, der Sieg des Princips der vollen Freiheit und des vollen Rechts.

Deutschland.

* Berlin, 9. Dez. [In der hohen Politik] scheint jetzt, so weit dabei die Elbberzogthümerfrage und die verächtigte Drohnoten-Angelegenheit in Veräbrung kommen, bis auf Weiteres vollkommene Windstille eingetreten zu sein. Es dürfte dieses besonders darin seinen Grund haben, daß man hier sowohl als in Wien erst abwarten will, wie sich etwa die Stellung der europäischen Kabinette durch die Entwicklung der verschiedenen obschwelenden Fragen verändern möchte, als da im Augenblicke sind: der spanisch-chilenische Handel, das Hinscheiden des belgischen Königs, die mexikanische Frage u. s. w. Unleugbar sind auch jetzt wieder Aller Augen auf den cäsarischen Machiavellisten an der Seine gerichtet. Eine traurige Wahrheit, der nur das Erwachen der Völker ein Ende machen kann. —

[Zur Habsburg-Hohenzollern'schen Allianz] wird dem „N. C.“ von hier geschrieben: Wie sehr es von officieller Seite auch in Abrede gestellt wurde, wird es doch keinem Zweifel unterliegen können, daß diesseits in der That beabsichtigt war, der österreichischen Regierung Vorschläge über ein neues Provi-

forum in den Herzogthümern zu machen. Bleibt diese Absicht jetzt gleichwohl unangeführt, so ist dies lediglich auf die veränderte Sachlage zurückzuführen. Es ist mit Oesterreich gegenwärtig nicht vorwärts zu kommen, in keinem Punkte und in keiner Weise — so lautet der Senker, den man jetzt in unsern Regierungskreisen anstoßen hört. Der diesseitige Gesandte am österreicherischen Hofe, v. Werther, welcher, nachdem er hierber berufen war und nunmehr schon seit etwa 14 Tagen hier anwesend ist, ehemals nach Wien zurückkehrt, wird daher auch keinerlei positive Vorschläge, sondern nur allgemeine Instruktionen mitnehmen, wie sie dem Angedachten eben entsprechend sind. In Betreff des Weitern wartet man auf eine günstigere Zeit. Die Frankfurter Angelegenheit erlahmt unter dem Einflusse dieser Situation ebenfalls, und man hört bereits das Wort: Lieber gar nicht, als zu wollen, wie Oesterreich will!

— [Das Rendezvous des Grafen v. Bismarck mit Herrn v. Mantouffel] wird, vermuthlich wegen der Anwesenheit des Kriegsministers Herrn v. Roon auf eine bevorstehende Rekrutierung in Schleswig gedeutet. — Andere Gerüchte in dieser Beziehung bewegen sich vornehmlich nach zwei Richtungen. Nach der Meinung der einen hätte es sich darum gehandelt, dem Gouverneur von Schleswig ein etwas weniger entschieden annerkennungsfähiges Auftreten anzupfehlen und ihn auf die Nothwendigkeit hinzuweisen, so zu agiren, daß der preussische Politik nicht alle anderen Thüren und Ausgänge abgeschnitten werden. Nach der anderen Ansicht sollen gerade umgekehrt neue Maßregeln im Sinne des durch die Verbote holländischer Zeitungen und die Beschwerden in Wien schon eröffneten Feldzugs gegen Oesterreich verabredet worden sein.

— [Aus den Elbherzogthümern] erfährt der „Alt. Mercur“, daß demnächst ein preussischer Schulrath an Stelle des bisherigen Directors der Gelehrten-Schule in Schleswig, Dr. Lüdker, berufen werden soll.

— [Zur ministeriellen Behandlung der Arbeiterfrage] berichten die Zeitungen, daß der Geh. Reg.-Rath Jacobi, welcher in bekannter disciplinarischer Weise aus dem Ministerium des Innern an die Regierung zu Pienitz versetzt worden war, jetzt „zur Bearbeitung der Arbeiterfrage“ wieder, einstweilen commissarisch, in das Ministerium zurückberufen worden sein soll.

— [Eine Anklage wegen Pressvergehens auf Verleumdung und Beleidigung des Kaisers Napoleon], wurde gestern dahier vor der 7. Deputation des Kriminalgerichts verhandelt, unseres Wissens, der erste Fall eines Straftrages der französischen Regierung. Die Anklage war gerichtet gegen den Buchhändler Abelkendorf dahier und gründete sich auf das in dessen Commissions-Verlage erschienene Buch: „Das Leben des neuen Cäsar von P. Kfinier.“ 46 Stellen dieses Buches waren inkriminirt. Der §. 79 Str.-G.-B. bedroht die Beleidigung des Oberhauptes eines auswärtigen Staates mit Gefängniß von 1 Monat bis zu 2 Jahren, wenn nach publicirten Verträgen oder Gesetzen in diesem Staate die Gegenseitigkeit verbürgt ist und der §. 81 macht die Bestrafung von einem Antrage der betr. Regierung abhängig. Die Anklage behauptete nun, daß in Frankreich nach dem Gesetz vom 17. Mai 1819 die Beleidigung fremder Monarchen mit Gefängniß von 2 Monaten bis zu 3 Jahren und mit Geldbuße von 100 bis 5000 Fracs. bedroht sei und in Betreff des erforderlichen Straftrages berief sich die Anklage auf zwei, bei den Akten befindliche Schreiben des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an den Justizminister, worin dem letzteren mitgetheilt wurde, daß der französische Botschafter einen solchen Antrag gestellt habe. In der gestrigen Audienz-Verhandlung behauptete der Verteidiger des Angeklagten, Rechts-Anwalt Lewald, einmal, daß das von der Anklage angezogene Gesetz vom 17. Mai 1819 gar nicht mehr existire, denn dasselbe, vor 46 Jahren erlassen, sei durch die darüber hingegangenen Revolutionen, die Republik und das Kaiserreich längst aufgehoben, aus welchem Grunde auch ein, im Jahre 1856 gegen die „National-Zeitung“ eingeleitetes Verfabren eingestellt sei. Der Verteidiger berief sich zum Beweise seiner Behauptung auf das sachverständige Gutachten des Advokaten Desmarests und des historischen Schriftstellers Garnier-Pagès in Paris. Ferner behauptete der Verteidiger, daß es an einem Straftrage der französischen Regierung mangle. Das Schreiben des Ministers genüge nicht, um den nach §. 81 erforderlichen Straftrage zu ersetzen; dieser müsse dem Gerichtshofe zur Prüfung vorliegen. Eine Inconsequenz ergebe sich schon daraus, daß das Schreiben des Ministers nur von einer Beleidigung

des Kaisers spreche, während die Anklage wegen Beleidigung und Verleumdung erhoben sei. Hiernach glaubte der Verteidiger berechtigt zu sein, den Antrag auf Freisprechung des Angeklagten zu stellen. Der Staatsanwalt Zöllner behauptete die Gültigkeit des französischen Strafgesetzes und führte ferner aus, daß der §. 81 des Str.-G.-B. über die Form, wie der Straftrage zu stellen sei, keine Bestimmung enthalte, daß der Gerichtshof sich nur zu überzeugen brauche, ob ein solcher Antrag gestellt sei und daß hierzu die Erklärung des Ministers genüge. Der Gerichtshof beschloß, die Verhandlung zu vertagen und zunächst im diplomatischen Wege festzustellen, ob zur Zeit, wo das Werk erschien und auch heute die Bestimmung im französischen Recht in Anwendung komme, monach Beleidigungen der Monarchen auswärtiger Staaten mit Strafe bedroht sind. Eine weitere Resolution hat der Gerichtshof nicht für nöthig erachtet.

— [Preussische Press-Schicksale.] Confiscirt: Die zu heute fällige Nummer des latbol. „Markt-Kirchenbl.“ Ferner confiscirt ist nachträglich eine Nummer des „Westph. Mercur“ wegen eines die Münstersche Universitätsfrage betreffenden Artikels. — Verurtheilt wurde am Dienstag in zweiter Instanz zu Jauerberg der Redacteur der „Preuss.-Litt. Ztg.“ Es lagen zwei Fälle vor. Der eine betraf den bekannten Ziegler'schen Brief, welchen er bei Gelegenheit seiner Kandidatur für das Abgeordnetenhaus geschrieben. — Der Gerichtshof sand darin das bekannte Vergehen der bekannten Paragraphe des Strafrechts und erkannte unter Annahme mildernder Umstände auf eine Geldstrafe von 10 Thln. Auf eine gleiche Strafe erkannte der Gerichtshof auch im zweiten Falle, wo es sich um eine amtliche Beleidigung der Bromberger Regierung handelte. Hier wurde nur noch der Regierung zu Bromberg das Recht zuerkannt, das Erkenntniß auf Kosten des Angeklagten in der „Preuss.-Litt. Ztg.“ zu veröffentlichen. Das Kreisgericht Gumbinnen hatte in beiden Fällen auf Freisprechung erkannt. Der Ziegler'sche Brief ist unseres Wissens in fast sämtlichen Preussischen Zeitungen unbeanstandet veröffentlicht worden.

— [Die Pajarten für 1866] haben eine bräunlich-gelbe Farbe. Für den ganzen Deutschen Pajartenverein, zu welchem ja auch die Oesterreicherischen Staaten gehören, ist die Farbe eine und dieselbe. Auch ein Stück deutscher Einheit!

— [Ueber das Befinden des belgischen Königs] lautet das neueste Bulletin des „Moniteur belge“ vom 8. v. M.: „Der König befindet sich heute in demselben Zustande wie gestern. Lacken, 7. Decbr. (gez.) Wimmer, de Konbaix.“ Nach neuesten „Privatnachrichten“ soll der König seit heute Morgens im Todeskampfe liegen.

* **München, 7. Dec.** [Zu den bekannten Hof-Intriguen] gegen Richard Wagner wird aus glaubwürdiger Quelle berichtet, und ist auch offenbar nicht zu verkennen, daß Wagner wohl mehr bloß von der Reaction vorgezogen wird, um ihren seit lange gesponnenen Intriguen einen populären Schild vorzuhalten. Sparsamkeitseifer wird vorgeschützt. Haß gegen die Gewerbefreiheit und jeglichen Fortschritt ist der wahre Kern.

* **Hamburg, 8. Dec.** [Entscheidung des schleswigischen Appellationsgerichts. Westindien dampfer. Insurrektion in Cap Haitien. Schleswig'sches Comité zur Pariser Ausstellung.] Eine Flensburger Correspondenz der „Hamburger Nachrichten“ meldet, das Schleswig'sche Appellationsgericht habe das vor einiger Zeit vom Flensburger Magistratsgericht gegen die Verbreiter der auf Nordschleswig bezüglichen Adresse an den Kaiser der Franzosen gefällte Erkenntniß, das theilweise auf Festungshaft lautete, in der Hauptsache aufgehoben, die Inculpaten jedoch in die durch ihr Gebahren veranlaßten Untersuchungskosten verurtheilt. — Der „Börsenhalle“ wird in einem Telegramm aus St. Kazaire die Ankunft des fälligen französischen Westindien dampfers mit 600,000 Fr. Baarfracht gemeldet. — Die Insurrektion in Cap Haitien ist unterdrückt, der Hafen wieder frei. — Durch Bekanntmachung im „Schleswigischen Verordnungsblatt“ zeigt Freiherr v. Jedlig an, daß das für die Pariser Ausstellung im Jahre 1867 in Kiel zusammengetretene Comité bereit und ermächtigt ist, auch die Interessen Schleswigs bei der Ausstellung zu vertreten.

Ausland.

H. Paris, 7. Dec. [Erwartete Aufschlüsse über Mexiko in der Botschaft des Präsidenten Johnson. Der Kaiserjchnitt des

Finanz-Ministers Fould. Die „Morale Indépendante“ und der Pater Hyacinth. Renan und der jüdische Historiker Gräg über Ursprung des Christenthums. Spanien und Portugal. Italien und der Papst.] Man sieht mit großer Spannung der Botschaft des Präsidenten Johnson entgegen, welche gegen Ende der künftigen Woche hier eintreffen wird. Es ist nicht nur das allgemeine Verhalten zu den Parteien im Innern oder auch die auswärtige Politik des Präsidenten, welche bei den Vermittelungen mit Spanien, England und Mexiko das größte Interesse erregen muß; man hofft vor allen Dingen endlich etwas Bestimmteres über die Beziehungen zu Frankreich zu erfahren, worüber noch immer das dichteste Dunkel schwebt. Wenn es wahr wäre, daß General Schofield zu dem Zwecke mit einer geheimen Mission hierher gesendet worden, um die auf die französisch-mexicanische Angelegenheit bezüglichen Passagen der Botschaft im Voraus in einem freundschaftlichen Sinne zu erklären, so wäre allerdings auch das ganze Räthsel schon im Voraus gelöst. Es fragt sich nur, ob die republikanische Partei sich mit einer solchen Spiegelfechterei befriedigen würde. Auch glaubt man hier keineswegs, daß jene Deutung der geheimen Mission Schofield's, welche man hier absichtlich ausprengt, die richtige sei. Man schließt vielmehr aus der verlegenen Haltung der offiziellen Presse in Betreff dieses amerikanischen Agenten, daß er mit bestimmten Vorschlägen wegen der französischen Intervention in Mexiko hierher gesendet worden, und daß es von dem Eingehen der französischen Regierung auf diese amerikanischen Vorschläge abhängt, welche Haltung man in Amerika gegenüber Frankreich in Zukunft annehmen wird. Der Präsident Johnson würde demnach in seiner Botschaft das Ultimatum mittheilen, welches er in den mexicanischen Angelegenheiten an Frankreich gestellt hat. Es ist daher begreiflich, daß man bei solcher Ansicht, welche dem Charakter der amerikanischen Politik entspricht, auf die Mittheilungen der Botschaft gespannt ist. — Ein ebenso großes Interesse nimmt die Finanzvorlage des Ministers Fould in Anspruch, welche, wie man glaubt, nächstens veröffentlicht wird. Wie ich aus guter Quelle vernehme, werden darin die Ressourcen, die man aus der Veräußerung eines Theiles des Luxemburger Gartens zu gewinnen hofft, auf dreißig Millionen Franken veranschlagt werden. Sie ergeben daraus, daß bis jetzt wenigstens das unpopuläre Projekt noch nicht aufgegeben ist. Desto schlimmer für die Regierung! Die Zeit scheint eben herangekommen zu sein, wo die Schäden einer schlechten Finanzwirtschaft zum Ausbruch kommen. Man ist in die Alternative versetzt, entweder an diesen Schäden sich ökonomisch zu ruiniren, was natürlich den politischen Ruin nach sich ziehen würde, oder der Stadt Paris, dem französischen Publikum, der Armee und dem Beamtenheer ins Fleisch zu schneiden, eine ebenso gewagte Operation, wie der Kaiserschnitt, der oft nur das Kind auf Kosten der Mutter rettet. Das Kind wäre aber in unserm Falle nicht der Kaiser, wohlverstanden. — Ich habe Ihnen schon im Sommer, zur Zeit der Gründung der Zeitschrift „Morale indépendante“, über die Tendenz derselben Bericht abgestattet. Die französischen Studenten beim Pütticher Congreß haben offen ausgesprochen, was diese Zeitschrift und andere, bereits unterdrückte, mehr oder weniger verhält zu verstehen gegeben. Wenn einmal die Franzosen zu philosophiren anfangen, so spaßen sie nicht. Die Freidenker sind hier immer revolutionär. Die Gegenstände, die nicht schroff einander gegenüber stehen, finden hier keine Beachtung. Die französische Jugend ist heute entweder blind gläubig und conservativ, oder atheistisch und revolutionär. Um die Ersten zu einer Partei zu organisiren, tritt der Pater Hyacinth in Notre-Dame mit Predigten gegen die „Morale indépendante“ auf, welche ihm ebenso viele Zuhörer, als der genannten Zeitschrift Abonnenten verschaffen. Die Letztere wird das bekannte bon mot*) Renan's bald auf sich anwenden können. Als man diesem sagte, sein nächstens er-

*) Wigwort.